

dem die Stadtregierung Beijing, die Staatliche Planungskommission, die Staatliche Wirtschaftskommission, das Umwelt- und Finanzministerium und andere Behörden vertreten sind. Hauptaufgaben des Komitees sind die Aufstellung mittelfristiger und jährlicher Pläne sowie die Organisation und Koordinierung der städtebaulichen Maßnahmen (RMRB, 3.8.83). Einzelheiten des Plans veröffentlichte die Volkszeitung in ihrer Ausgabe vom 3.8.83. Die vorgesehenen Maßnahmen reichen von Stadtplanung einschließlich Denkmalschutz, Sanierung und Modernisierung bis hin zu Umweltschutz und Bevölkerungskontrolle. So soll beispielsweise das gesamte Gebiet der ehemaligen Kaiserstadt, das etwa fünfmal größer als die ehemalige Verbotene Stadt ist, unter Denkmalschutz gestellt werden mit der Bestimmung, daß hier nur Häuser mit nicht mehr als zwei Stockwerken gebaut werden dürfen. Am Tiananmen-Platz und an der Changan-Straße sollen weitere Regierungsgebäude erbaut werden. Die Straße nördlich der Verbotenen Stadt soll in eine Kulturstraße umgewandelt werden mit Museen und ähnlichen Gebäuden. Die Liulichang-Straße, das Zentrum der Gallerien und Antiquitätenläden, wird restauriert. Historische Bauwerke sollen geschützt und weitere Grüngürtel angelegt werden. Die Einkaufs- und Dienstleistungszentren Qianmen, Wangfujing und Xidan sollen verbessert und erweitert werden, desgleichen die Verkehrswege. Fabriken sollen an den Stadtrand verlegt und die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2000 auf 10 Millionen beschränkt werden.

Eine vernünftige Stadtplanung, verbunden mit gewissenhaftem Denkmalschutz, ist für Beijing dringend erforderlich; allerdings wird es schwer sein, die sich zu meist widersprechenden Interessen zwischen Modernisierung der Stadt und Bewahrung der historischen Substanz in Einklang zu bringen. Angesichts der Fehler der Vergangenheit sollten die Verantwortlichen jedoch gelernt haben, behutsamer vorzugehen.

-st-

VERTEIDIGUNG

(27)

Erneute Flucht eines VBA-Piloten nach Südkorea

Am 7. August 1983 ist erneut einem Piloten der Luftwaffe der Chinesischen Volksbefreiungsarmee die Flucht mit einer Militärmaschine

nach Südkorea gelungen. Es handelte sich um den 46jährigen VBA-Testpiloten Sun Tianqin, der mit einer Maschine vom Typ Shen-yang F7 (chinesische Version der sowjetischen MIG 21) auf einem Flughafen in der Nähe von Seoul landete. Seinem Wunsch entsprechend durfte Sun Tianqin, dessen Familie während der Kulturrevolution politisch verfolgt worden war, am 24. August nach Taiwan ausreisen (The Korea Herald, 9./10./21.8.83).

Sun Tianqin ist der vierte Pilot aus der Volksrepublik China, der über Südkorea nach Taiwan flüchtete. Am 15. September 1961 war zwei chinesischen Zivildiplomaten die Flucht mit einer Transportmaschine vom Typ AN 2 gelungen. Am 16. Oktober 1982 flüchtete der VBA-Pilot Wu Ronggen mit einer MIG 19 nach Südkorea (s. auch C.a., Okt. 1982, Ü 17; C.a., Nov. 1982, Ü 44).

-sch-

(28)

Neue Uniformen für die VBA

Die ersten Einheiten der Land-, Luft- und Seestreitkräfte der Chinesischen Volksbefreiungsarmee (VBA) erhielten zum 1. August 1983, dem 56. Jahrestag der Armeegründung, neue Uniformen. Der militärische Garderobenwechsel dürfte einige Monate in Anspruch nehmen. Den Anfang machten die Ehrenformationen der drei Waffengattungen, die die neuen, an osteuropäische Militärröcke erinnernden Uniformen präsentieren (RMRB, 1.8.83).

-sch-

KULTUR

(29)

Nationale Konferenz über allgemeines Schulwesen

Auf der nationalen Konferenz über das allgemeine Schulwesen, die vom 18. bis 28. Juli 1983 in Beijing stattfand (s. C.a. 1983/7, Ü 24), wurde eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die in einigen Bereichen bereits in Form von Empfehlungen des Erziehungsministeriums an die örtlichen Erziehungsbehörden weitergegeben wurden. Danach zeichnet sich für die einzelnen Schultypen folgende Politik ab:

1. Kindergarten

Auf der Konferenz wurde in Aussicht genommen, für alle sechsjährigen Kinder vor Beginn der Grundschule im Alter von sieben Jahren den einjährigen Besuch

des Kindergartens einzuführen. Nach Erreichung dieses Ziels soll die Kindergarten-erziehung allmählich ausgebaut und für alle Kinder ab drei Jahren eingeführt werden (XNA, 22.7.83). Wie es von offizieller Seite dazu hieß, sei die Nachfrage nach besseren Kindergärten nicht nur in der Stadt groß, sondern auch auf dem Lande ändere sich das Verhalten der Bevölkerung, indem sie in zunehmendem Maße bevorzuge, die Kinder in den Kindergarten zu bringen. In China gebe es gegenwärtig 130.000 Kindergärten mit 11,13 Millionen Kindern, 79,2 Prozent davon in ländlichen Gegenden (ebd.).

2. Grundschule

Bekanntlich will die VR China bis zum Jahre 1990 die allgemeine Schulpflicht einführen. Wie Erziehungsminister He Dongchang auf der Konferenz sagte, sei dieses Ziel schwer zu erreichen, aber es sei möglich. Laut Statistik hätten im Herbst 1982 93 Prozent aller Kinder im Alter zwischen 7 und 11 die Grundschule besucht. Das Ziel, das man sich mit der allgemeinen Schulpflicht gesetzt habe, bedeute, daß mindestens 95 Prozent Kinder die Schule besuchten und die Abschlusrate 80 bis 95 Prozent betrage (XNA, 26.7.83). Ein Haupthindernis ist jedoch der hohe Anteil der Kinder auf dem Lande, der die Schule vorzeitig verläßt, um den Eltern in der Landwirtschaft zu helfen, wodurch seit Einführung des Verantwortlichkeitssystems die Erträge für den Haushalt zu steigern sind, d.h., allgemein besteht auf dem Lande wenig Interesse, die Kinder zur Schule zu schicken und die Schule beenden zu lassen.

Angesichts dieses Tatbestandes machte der Erziehungsminister auf der Konferenz konkrete Vorschläge, wie man den allgemeinen Schulbesuch popularisieren könne (vgl. RMRB, 20.7.83, S.3): Um die Schulpflicht einzuführen, bedürfe es vor allem einer entsprechenden Gesetzgebung durch den Staat. Darüber hinaus aber seien weitere Bestimmungen und Anreize auf unterer Ebene erforderlich. Hier nannte der Minister an erster Stelle die schrittweise Abschaffung des Schulgeldes. Er führte auch Maßnahmen an, die einige Gemeinden zur Durchsetzung der Schulpflicht ergriffen hätten, außer Schulgeldbefreiung z.B. eine verbindliche Erklärung der Bevölkerung, ihre Kinder in die Schule zu schicken, sodann die Bestimmung, daß Jugendliche, die die Grundschule nicht beendet haben, weder Kader bei den Gemeinden oder Brigaden werden könnten, noch bei örtlichen Be-